

Bestellungen nehmen alle Postämter an. Für Stettin: Buchdruckerei von H. G. Effenbarts Erben, Krautmarkt No. 4. (1053.) Redaktion und Expedition ebendasselbst. Insertionspreis: Für die gespaltene Petitzeile 1 1/2 Sgr.

Diese Zeitung erscheint täglich zweimal Morgens 8, und Abends 6 Uhr. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr., mit Botenlohn 1 Thlr. 17 1/2 Sgr. Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 17 1/2 Sgr.

Stettiner



Zeitung

No 6.

Abend-

Mittwoch, den 5. Januar

Ausgabe.

1859

Deutschland.

Berlin, 5. Januar. Se. königliche Hoheit der Prinz-Regent haben, im Namen Sr. Majestät des Königs, Allergnädigst geruht, dem königlich bayerischen Kammerer und Ober-Postmeister Grafen von Reigersberg zu München und dem königlich neapolitanischen Geschäftsträger bei den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika, Pasquale Massone, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse, dem Justizrath a. D. Matthias zu Graudenz den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, dem Förster Laue zu Biegenbrück im Kreise Lubus, und dem Kreisgerichts-Rathen a. D. Wald zu Estleben das Allgemeine Ehrenzeichen, so wie dem Sekretär-Sekretair Jang zu Marienwerder die Rettungs-Medaille am Bande; ferner dem Sanitäts-Rath Dr. Burz in Berlin den Charakter als Geheimen Sanitäts-Rath zu verleihen.

Berlin, 4. Januar. Wir lesen in der ministeriellen „Preussischen Ztg.“: Mit der Eröffnung der Ständerversammlung des Herzogthums Holstein ist durch die derselben gemachten Gesetzes-Vorlagen die Haltung der dänischen Regierung sofort in das klarste Licht getreten. Es wird dieselbe als eine wenig entgegenkommende bezeichnet werden müssen. Die dänische Regierung ist nicht um einen Schritt weiter gegangen, als sie unumgänglich durch ihre eigenen, der Bundesversammlung gegenüber gemachten Einräumungen zu gehen genöthigt war, und sie setzt die bisher beobachtete Politik fort, durch eine äußerste Zurückhaltung und durch Abweisung jeder Initiative von positiven Vorschlägen zur Besserung der gegenwärtigen Zustände den für Dänemark in jeder Beziehung günstigen Status quo möglichst lange zu wahren. Die Vorlagen, welche die dänische Regierung gemacht hat, betreffen einmal die Gesamtstaatsverfassung und sodann das Verfassungsgesetz für das Herzogthum Holstein. Dem Bundesbeschlusse vom 11. Februar 1857, welcher die Gesamtstaatsverfassung und die §§. 1—6 des Verfassungsgesetzes für Holstein für formell und materiell ungültig erklärt hat, ist die dänische Regierung durch die Aufhebung jener Verfassungsgesetze nachgekommen. Die dänische Regierung war daher außer Stande gesetzt, anders zu handeln, als daß sie in Bezug auf die Verfassungen wirkliche Gesetzes-Vorlagen den Ständen zur Berathung zugehen lassen mußte. Die Stände-Versammlung des Herzogthums Holstein hat im Jahre 1857 in ihrem unterthänigsten Bedenken in schlagender Weise nachgewiesen, daß die Ordnung der Verfassungs-Verhältnisse der Gesamt-Monarchie bis in das Kleinste für die Sonderverfassung von Holstein wirksam und entscheidend ist, und die Ausschüsse der Bundes-Versammlung haben derselben Ueberzeugung in ihren Berichten unausgesprochen Ausdruck gegeben. Es bleibt daher die Frage der materiellen Neuordnung dieser allgemeinen Verfassungs-Verhältnisse die wichtigste bei dem ganzen schwebenden Streit. Fortdauernd aber und mit größtem Bemühen hat darum die dänische Regierung der Verpflichtung sich zu entziehen gesucht, über ihre Absichten auf diesem Punkte Aufklärungen und Zusicherungen reellen Inhalts der Bundes-Versammlung zu ertheilen. Und wenn Letztere durch ihren Dezember-Beschluß ein Verfahren einleitete, um von der dänischen Regierung die Nachachtung des Bundesbeschlusses vom 11. Februar zu erreichen, so ist dabei ausdrücklich der dänischen Regierung zu erkennen gegeben worden, daß die in jener Beziehung ihr obliegenden Pflichten in keiner Weise als erfüllt vom Bunde betrachtet werden. Die Bundes-Versammlung gab sich aber der Hoffnung hin, daß den holsteinischen Ständen gegenüber die dänische Regierung mit einer Gesetzes-Vorlage auftreten werde, welche thatsächlich zeigte, daß in Bezug auf die Ordnung der Gesamtstaats-Verfassung die dänische Regierung nicht länger Anstand nehme, die Forderungen des Bundesbeschlusses vom 11. Februar zur Ausführung zu bringen. Das Verfahren, welches nunmehr die dänische Regierung beobachtet hat, zeigt, daß dieselbe die Politik, welche sie bisher dem Bundestage gegenüber beobachtet hat, nun auch mit den Ständen weiter treiben will, um sich in keiner Weise die Hände zu binden und eine Regelung möglichst ins Weite hinauszuziehen. Es ist begreiflich, wenn unter diesen Verhältnissen die Vorlagen der Regierung an die holsteinischen Stände in Holstein eine wenig günstige Stimmung hervorrufen werden. Zudem ist von Kopenhagen aus in diesen letzten Tagen ein Akt ausgegangen, der, anstatt Frieden und Versöhnung zu bringen, in der gesamten deutschen Bevölkerung der Herzogthümer die Entrüstung und das Mißtrauen gegen die Absichten des dänischen Ministeriums aufs äußerste hat steigern müssen. Dieser Akt ist zu wichtig, die Zeit seiner Ausführung zu eigenthümlich, als daß nicht bei demselben eine sehr bestimmte Berechnung vorausgesetzt werden müßte, und Deutschland kann nicht in Zweifel sein, worauf diese Berechnung, worauf dieser ganze Akt in seiner unerhörten Härte abzielt.

Berlin, 4. Januar. Wenn Andeutungen gemacht werden, daß das Ministerium schwerlich in seinem Sinne werde das Land verwalten können, wenn an den höchsten Stellen der Provinzialregierungen Kreuzmänner ihre Stellen behaupten und fortfahren, so zu sprechen und zu handeln, als sähen noch die Herren v. Manteuffel und von Westphalen auf ihren Ministerstühlen in Berlin: dann erhebt sich die „N. Pr. Z.“ mit dem glühendsten Unwillen gegen den Gedanken, ihre Freunde aus den hohen Aemtern entfernt zu sehen. Wir verstehen diesen Zorn sehr wohl, und wir selbst halten es keineswegs für rathlich oder wünschenswerth, Männer, die ihre Pflicht thun, aus ihren Aemtern verdrängt zu sehen. Die Meisten werden sich rasch genug in die neue Ordnung der Dinge finden, wenn sie nur mit Nachdruck dazu angehalten werden, und der Staat spart dabei nicht nur Pensionen und Wartegelder, sondern mindert auch die Zahl der Unzufriedenen. Aber die „N. Pr. Z.“ ist in der Zeit ihrer Macht keineswegs von einem gleichen Gesichtspunkte geleitet worden. Sie hat vielmehr immer dazu gehetzt, mit allen Mitteln die Gegner aus ihren Aemtern zu verdrängen und ihre Anhänger in deren Stelle einzusetzen. Eine große Zahl der tüchtigsten Männer ist dadurch aufs Härteste betroffen worden. Wir erinnern nur an den ehemaligen Obergerichts-Direktor Temme, der jetzt in Zürich als Honorar-Professor für eine zahlreiche Familie unter fast übermenschlichen Anstrengungen die Substanz erkämpft. Ihn aus seinem Amte zu entfernen, gab es kein Mittel; aber man scheute nicht, einen in Preußen bis dahin unerhörten Schritt zu thun, indem man einem Gesetze rückwirkende Kraft beilegte, nur um einen einzigen Mann treffen zu können. Herr Temme fiel, bisher das einzige Opfer des richterlichen Disziplinargesetzes, das auf seinen Fall gemacht worden. Wenn damals die „N. Pr. Z.“ gegen ein so ungeheuerliches Verfahren ihre Stimme erhoben hätte, oder wenn sie jetzt forderte, daß das dem Hrn. Temme zugesetzte Unrecht wieder ausgeglichen würde: dann wollten wir glauben, daß das Wohl und Interesse des Staats und billige Rücksichten auf die Menschen und die Wechsel der Zeiten und nicht Parteizwecke sie gegen die Entfernung von Parteimännern aus ihren Aemtern eifern ließe. Was übrigens Hrn. Temme betrifft, so ist man sehr gespannt darauf, ob das gegenwärtige Ministerium etwas thun wird, um das ihm wiederfahrne Unrecht aufzuheben und zugleich dem Lande die Dienste eines Mannes wieder zu gewinnen, der eine Glorie des preussischen Richterstandes und ein eben so theoretisch wie praktisch ausgezeichnetes Kriminalist war. (Ztg. für Norddeutschland.)

Die erwähnten Pläne in Betreff einer Abänderung unserer Heeresorganisation haben das Stadium der Vorberathung noch nicht überschritten. Wie verlautet, sind vom Kriegsministerium mehrere höhere Offiziere mit der Begutachtung der von verschiedenen Seiten eingegangenen Reformvorschläge beauftragt worden. Das Kriegsministerium selber hat die Sache noch nicht in die Hand genommen und es liegen seinerseits noch keine darauf bezügliche Anträge zur höheren Entscheidung vor. Inzwischen dürften aber immer einzelne vorbereitende Schritte zur Abstellung der in der Heereseinrichtung fühlbar gewordenen Mängel erfolgen. Namentlich wird in dieser Hinsicht wiederholt versichert, daß die Regierung an dem Gedanken festhält, baldmöglichst eine als nothwendig erkannte Vermehrung der Offizierstellen eintreten zu lassen.

Die „Ostpreussische Zeitung“ hat die Frechheit zu behaupten, daß die konsizirte Schrift: „Eine politische Todtenschau“ nichts als Unwahrheiten und Entstellungen enthalte, und die Redaktion erklärt sich zugleich bereit, ihre Behauptung durch unabweisliche Beweise zu konstatiren. Was das wohl für Beweise sein mögen! Am Ende gar Zeugnisse der Herren Lindenbergh und Peters!? Uebrigens ist die „Ostpreuss. Ztg.“ an dem Reaktionschwandel so stark betheiliget, daß sie in dieser Sache ein nichts weniger als zuverlässiger Zeuge ist. (Volksz.)

Berlin, 4. Januar. Die „Elberfelder Ztg.“ hatte sich kürzlich in einer Korrespondenz „vom Rhein“ berichten lassen, daß das Ministerium beabsichtige, „Maßregeln wegen Beschränkung der frühen Heirathen ins Leben treten zu lassen.“ Jetzt giebt sie selbst eine Berichtigung dieser Angabe. Allerdings sei die Aufnahme statistischer Tabellen über die früh geschlossenen Ehen, und zwar nach Ständen getrennt, von dem früheren Ministerium angeordnet gewesen. Diese Anordnung sei aber bereits seit längerer Zeit von dem jetzigen Ministerium zurückgenommen und dabei verfügt worden, die den betreffenden Behörden zugegangenen Materialien vorläufig zu aßerviren.

Vom 1. Januar c. ab ist laut Ministerialreskript der Satz der von dem Gläubiger für den zum Personal-Arrest gebrachten Schuldner zu erlegenden „Verpflegungsgelder“ für den ganzen preussischen Staat gleichmäßig auf sechs Silbergroschen täglich normirt worden. Bisher war dieses je den betreffenden Gerichten anheim gegeben und hat in den verschiedenen Städ-

ten eine Abweichung von 2 1/2 bis 7 Sgr. stattgefunden, ja selbst verschiedene Behörden in ein und derselben Stadt divergirten nicht selten in der Feststellung der Alimientensätze.

Die Konferenzen der Kommission zur Vorberathung eines dem Landtag vorzulegenden Gesetzes-Entwurfs über die Ehescheidung etc. finden im Justizministerium statt, und haben gestern begonnen. Nach der „N. Pr. Ztg.“ werden Graf Arnim-Bohlenburg und Graf Igenplitz an der Vorberathung des Ehescheidungs-Gesetzes nicht Theil nehmen.

Dem Ober-Kirchenrath steht, dem Vernehmen nach, eine Veränderung bevor; es soll derselbe mehr, als bisher, von dem Kultus-Ministerium abhängig werden. (Spen. Z.)

Es sirkulirt gegenwärtig folgende Eingabe an Se. Exc. den Herrn Minister von Bethmann-Hollweg:

„Da die bildende Kunst ein Ausdruck des inneren Lebens des Volkes ist und da das Streben nach Kunstgenuss wie der Drang nach künstlerischem Schaffen hinreichende Beweise für das Vorhandensein eines Kunstbedürfnisses sind: so gehört es zu den Ausgaben des Staates, diesem Bedürfnisse gerecht zu werden und der Kunst diejenige Pflege angedeihen zu lassen, die ihr in anderen Staaten bereits zu Theil geworden ist. — Es erscheint demnach den Unterzeichneten nothwendig, daß der Staat die Mittel gewähre, welche zur Entstehung nationaler, monumentaler Kunstschöpfungen und zur Anlegung einer Gallerie von Werken vaterländischer Künstler erforderlich sind. — Daß für diesen Zweck jährlich eine Summe von etwa 50,000 Thalern in das Budget aufgenommen werde, ist ein Wunsch, den sich die Unterzeichneten auszusprechen erlauben.“

Unterschiedet ist die Eingabe von den Herren Cretius, Ewald, Franz, Graf, W. Herbig, Rajelowsky, Max Schmidt und Schrader. (Spen. Ztg.)

Der Dissidenten-Prediger Schmidt aus Oberhaselbach in Schlesien wurde im Sommer aufgefordert, in Liegnitz zu predigen. Er wandte sich, um sicher zu gehen, mit einer Anfrage an den Regierungs-Präsidenten Freiherrn von Zedlitz, und dieser veranlaßte ihn zu einer Eingabe an die Regierung. Diese verwies ihn an die Liegnitzer Polizei-Verwaltung. Die Polizei-Behörde (Ober-Bürgermeister B.) verlangte nun, Schmidt solle vorher den Nachweis liefern, daß er berechtigt sei, im Umherziehen Vorträge zu halten. Er sollte, wie ihm auf eine erneute Anfrage die Polizei-Behörde ausdrücklich bedeutete, den Gewerbeschein eines Reisepredigers beibringen. Schmidt führte neue Beschwerden bei der königlichen Regierung und erhielt unter dem 7. Dezember den Bescheid: „daß die Polizei-Verwaltung in Liegnitz angewiesen worden sei, seine Zulassung zur Abhaltung eines Vortrages vor dem Liegnitzer Dissidenten-Verein nicht ferner von einem Gewerbescheine abhängig zu machen.“

Die „Krefelder Zeitung“ meldet: „Aus Süchteln geht uns die Mittheilung über ein daselbst am 28. Dezember vorgefallenes entsetzliches Verbrechen zu. Einer schon früher in übelm Rufe stehenden Person wurde ihr zweijähriges Kind aus uns unbekannt gebliebenen Gründen hinderlich, weshalb sie schon häufiger dasselbe durch schlechte Behandlung, indem sie es z. B. halbnackt dem Winde und Wetter aussetzte, dem Tode zu überliefern versucht hatte. Aber ihr widernatürliches Benehmen hatte einen der Absicht des Weibes gerade entgegen gesetzten Erfolg, — das Kind wurde nämlich von Tag zu Tag gesunder und kräftiger. Da greift am oben erwähnten Tage die Rabenmutter zu einem entsetzlichen Mittel, um sich mit Einem Male der Last zu entledigen. Sie faßt das arme Wärmchen bei den Beinen und schlägt es mit dem Kopfe gegen einen Thürpfosten, so daß es sogleich verstümmelt und unter den größten Qualen seinen Geist aufgibt. Die Verbrecherin ist bereits nach Düsseldorf abgeführt.“

Provinz Posen. Der „Wöchentliche Anzeiger für Schneidemühl und den Negebirgstrich“ enthält eine Bekanntmachung des Landraths in Chodziesen, in welcher es wörtlich heißt: „Die Ertheilung der Verlängerung der Gast- und Schankwirthschafts-Konzessionen wird von ultimo d. J. ab von dem Nachweise der erfolgten Pränumerations auf das Kreisblatt abhängig gemacht und haben die betreffenden Gewerbetreibenden bei Vorlegung ihrer desfallsigen Anträge schon für das Jahr 1859 zugleich diesen Nachweis zu führen.“ Es liegt hier noch ganz derselbe Fall vor, wie der bereits erwähnte im Kreise Waldbroel. Nirgends besteht eine gesetzliche Bestimmung, welche die Landräthe ermächtigt, den Gastwirth eine solche Zwangssteuer anzulegen.

Breslau, 2. Januar. Die Br. Bl. berichten von einem furchtbaren Brande, der in der Rehorschen Möbel-Fabrik in der Schloßernacht stattgefunden hat. Der heraufdämmende Neujahrsmorgen beleuchtete auf der Brandstätte eine Scene der schrecklichsten Verwüstung. Von dem imposanten Fabrikgebäude standen nur noch die verfallenen Rumpstheile der Umfassungsmauern und der kahlte Schornstein, eine förmliche Ruine, die morgen mit den nöthigen Vorsichtsmaßregeln geschleift werden soll. Der Gesamtschaden, welcher der Brand angerichtet hat, soll sich auf 80,000 bis 100,000 Thlr. belaufen. Leider sind auch mehrere Unglücksfälle zu beklagen.

Magdeburg, 2. Januar. Der Vorstand der hiesigen freien Religionsgesellschaft hat nun endlich von der Regierung den Bescheid erhalten, daß die Polizei mit Recht die Versammlungen der neu konstituirten Gemeinde verhindert habe, „da dieselben nur eine Vereinigung bezweckten, welche in Geist und Wesen mit der rechtskräftig geschlossenen freien Gemeinde zusammenfalle.“ Der Vorstand hat sich nun an den Minister des Innern gewendet.

Itzehoe, 2. Januar. Die Regierungs-Vorlagen für die morgen hier zusammentretende holsteinische Stände-Versammlung werden zufolge einer in Kopenhagen neu erscheinenden „Dänischen Korrespondenz“ vor Allem „in einem 25 Paragraphen enthaltenden Entwurfe zu einer neuen Verfassung“ für die besonderen Angelegenheiten des Herzogthums Holstein“ bestehen. Der Inhalt desselben ist im Allgemeinen dem der vorigen außerordentlichen Stände-Versammlung vorgelegten gleich, nur sind die einleitenden allgemeinen Bestimmungen, welche dieselbe damals so sehr vermehrte, hinzugefügt und unterliegen der Berathung mit. Die als besondere aufgeführten Angelegenheiten sind im Allgemeinen dieselben, doch ist unter anderen „die Verwaltung der Domainen und Forsten“ hinzugekommen. Der letzte Paragraph enthält die Bestimmung, daß ohne Einwilligung der Stände keine Veränderungen in der Verfassung Holsteins vorgenommen werden können. In einer Schlussbemerkung wird gesagt, „daß der König, in sofern er nicht durch die Bestimmungen dieses Entwurfs gebunden sei, die nähere Regulirung der Stellung Holsteins in der dänischen Monarchie seiner freien Entscheidung vorbehalte.“ Unter den sonstigen meist finanziellen Vorlagen erwähnen wir eine Veränderung der Postirungen des Budgets.

Hannover, 1. Januar. Wie seiner Zeit auf das erste Misstrauensvotum gegen regierungsfreundliche Bauern, so wird jetzt wieder, wie dem „Fr. J.“ von hier geschrieben wird, in Osnabrück auf die an Herrn v. Bennigsen gerichtete Adresse gefahndet. Doch ist die Adresse, in welchem Einbände dargestellt und mit 734 Unterschriften versehen, gestern Abend durch einen sichern Mann auf dem Gute Bennigsen abgeliefert worden. Da Herr v. Bennigsen augenblicklich bei seinen Göttinger Freunden zum Besuch war, so wurde das Schriftstück in die Hände seiner jungen Frau gegeben. Zur Vervollendung der Sammler der Unterschriften, Urheber, Verfasser und Drucker hat der Landdrost von Lütken in Osnabrück eigenthümlicher Weise Stäbe bestimmt, der sich als städtischer Polizeidirektor diesem Auftrag nicht entziehen kann. Wenn aber das Ergebnis gleich Null ausfällt, so wird das voraussichtlich den Grund abgeben für die Ersetzung der städtischen Polizei durch königliche. Die erste der neuen königl. Polizeibehörden hat dieser Tage Emden bekommen, zur Antwort auf die Wiederwahl des nicht bestätigten Kaufmanns Klug zum Rathsherrn, wie man annimmt.

Würzburg, 2. Januar. In der Neujahrsmacht, wo in ganz Bayern kein Ball und keine Tanzmusik in diesem Jahre abgehalten werden durfte (nach einer von dem ultramontanen Minister Abel 1844 erlassenen Verordnung), wurden alle Wirthshäuser und Kaffeehäuser um 1 Uhr geschlossen. Da nur die einzige Kaffeehandlung von Windischmann bis 3 Uhr geöffnet war, so strömte nun Alles dahin, denn die meisten Leute sind nicht gewohnt, den Anbruch des neuen Jahres im Bette zu erwarten. Nach 4 Uhr begab sich ein Polizeikorporal mit einer Anzahl von Polizeidienern in's Kaffeehaus, bot Feierabend und wollte die Gäste, welche meistens keine Lust zum Fortgehen zeigten, mit Gewalt hinaustreiben. Da es eine Zerrerei gab, hieben die Polizeidiener mit blanken Säbeln ein, wodurch mehrseitige Verwundungen und Arrethungen herbeigeführt wurden. Ein bedeutend Verwundeter mußte in's Julius-Hospital gebracht werden. (Fr. J.)

Oesterreich.

Wien, 2. Januar. Aus London ist die Nachricht eingetroffen, daß England in der serbischen Angelegenheit die Ansicht Oesterreichs vollkommen theilt. Es ist demnach gewiß, daß diese Mächte darauf dringen werden, daß eine neue Fürstenwahl angeordnet werde, und da, wie bereits bekannt, die Pforte ebenfalls diese Ansicht zu der ihrigen gemacht hat, so ist kaum mehr daran zu zweifeln, daß man schließlich zu diesem Auskunftsmitel schreiten wird. Gegen die Ueberweisung der serbischen Angelegenheit an die Pariser Konferenz haben sich sowohl Oesterreich als auch England und die Pforte in sehr definitiver Weise ausgesprochen. — Der Londoner City-Bericht vom 28. Dezember bestätigt meine Ihnen schon vor längerer Zeit gemachte Angabe, daß die Staats-Verwaltung entschlossen sei, im Auslande ein Anlehen abzuschließen. Die diesfälligen Verhandlungen sind im Gange und dürften schon in nächster Zeit abgeschlossen werden. Es scheint demnach, daß man mit der Emission eines neuen Anlehens nicht warten wird, bis das National-Anlehen vollständig eingezahlt sein wird, und würde sich dies auch vollkommen durch die hiesigen Finanz-Zustände erklären. (R. J.)

Wien, 3. Januar. Nach einer hier eingetroffenen telegr. Depesche aus Belgrad vom heutigen Tage wollte Fürst Alexander mit seiner Familie heute nach Wien abreisen. Vom Fürsten Milosch war zur Freude der Belgrader Bevölkerung ein Telegramm eingetroffen, in welchem er sagt, daß er die Anträge der an ihn abgesandten Deputation gern erwarte.

(Verschwörung in Krakau.) Der Mittheilung von der Begnadigung der jungen poln. Verschwörer in Lemberg in Galizien folgen Gerüchte von neuen Verhaftungen in Krakau. Man schreibt der A. A. Z. unter dem 30. Dezember aus Wien: „Die Börse war gestern stark durch Gerüchte alarmirt, welche von zahlreichen Verhaftungen in Krakau und von der Entdeckung einer weit verzweigten polnischen Konspiration wissen wollten. Verhaftungen, das ist richtig, und zwar politische Verhaftungen, haben in Krakau stattgefunden, aber sind weder zahlreich, noch etwas anderes gewesen, als das Präventiv gegen einen jener unmächtigen und nahezu kindischen Ausbrüche der unheilbaren Verbitterung einer kleinen und von Jahr zu Jahr kleiner werdenden Partei, die dort chronisch wiederkehren und keine Spur hinterlassen, als daß sie immer und immer wieder

der Regierung die Gelegenheit geben, dieselbe Gnade walten zu lassen, welche die Begleiterin der selbstbewußten Kraft ist.“ Eine andere Korrespondenz sagt: „Es bestätigt sich, daß die Oesterreicher in Krakau Anlaß zu umfassenden Vorsichtsmaßregeln gefunden haben. Wohin die Drähte leiten, welche dort wie in Italien und an der orientalischen Grenze den Funken in den Zunder werfen sollen, ist wohl ohne übermäßige Kombinationsgabe zu erklären.“

Frankreich.

Paris, 3. Januar. Ueber den Neujahr-Empfang bei Hofe theilt der Moniteur heute einen Bericht mit, der inhaltsleer und bloß eine trockene Wiederholung des Programmes ist. Erheblich für die offizielle Auffassung ist nur die Schlussstelle, welche lautet: Es ist der Eifer, mit welchem sich die Mitglieder aller Korporationen und Verwaltungen nach den Tuilerien versammelt haben, bemerkt worden: mehr als dreitausend Personen hatten die Ehre, vor dem Kaiser vorbeizuschreiten.“ Natürlich beobachtet der Moniteur ein offizielles Schweigen über die Aeußerungen, die der Kaiser, als er schließlich die Reihen, welche er empfangen hatte, entlang ging, mit halblauter oder leiser Stimme einzelnen hervorragenden Personen machte; doch gehört es zur Situation, daß die Gerüchte auch heute wiederholen, der Kaiser habe dem Baron Hübler drohend oder nach Anderen, ein besseres Einvernehmen anbahnende, persönlich gegen den Kaiser Franz Joseph schmeichelhafte Worte zugerannt. Man wird sich erinnern, daß bei dem vorjährigen Neujahr-Empfange auch schon von solchen Zurechnungen die Rede war, ohne daß darum die Situation eine merklich andere geworden wäre. Wie dem „Nord“ von hier geschrieben wird, wäre übrigens der päpstliche Nuncius noch übler gefahren, da der Kaiser stumm an ihm vorüber geschritten sei und ihm nur einen strengen Blick zugeworfen habe; Mgr. Sacconi hat sich, so behauptet der Correspondent des „Nord“, „durch diese bezeichnende Haltung sehr bewegt gezeigt“. Die Neubauten in den Tuilerien sind fertig und sollen, wie die zu Neujahr Empfangenen versichern, höchst prächtig ausgefallen sein. Das Boucoir der Kaiserin ist im Alhambra-Style ausgeführt und das Holzwerk mit Vasreliefs in Silber verziert.

Spanien.

Madrid, 3. Januar. Die Korrespondencia Autographa meldet offiziell, daß Mexico vollständige Genugthuung für die Expressungen bewilligt hat, welche die Spanier in Tampico erlitten.

Großbritannien und Irland.

London, 4. Januar. Der heute erschienene „Morning-Herald“ versichert, daß die Pforte die Erhebung des Fürsten Milosch genehmigen werde. In einer der „Times“ zugegangenen telegraphischen Depesche aus Wien wird versichert, daß Oesterreich Belgien nur mit Einwilligung der Großmächte besetzen werde. — Aus Bombay wird ferner vom 9. v. M. gemeldet daß in Burmah ein kleiner Aufstand ausgebrochen sei. In Bombay waren Exports gedrückt, Imports besser. Frachten waren unverändert, der Geldmarkt war knapp und der Cours auf London 2s ¼d.

Provinzielles.

* Belgard, 31. Dezember. Vorgestern hatte sich hier auf Einladung einiger Kreisstände aus diesem und den benachbarten Kreisen eine zahlreiche Gesellschaft zu einem gemeinsamen Diner vereinigt, um den Oberpräsidenten a. D. Herrn v. Kleist-Regow in seiner alten Heimath zu begrüßen. Es waren dazu auch Männer erschienen aus den entferntesten Theilen des Regierungsbezirks. Nachdem der frühere Regierungspräsident v. Senden ein Lebehoch auf Sr. Majestät den König und Sr. Königl. Hoheit den Prinzen-Regenten ausgebracht hatte, erhob sich Herr v. Hagen auf Langen und sagte, daß sich die Gesellschaft hier versammelt habe, um den Mann der Treue, der immerdar unveränderlich Treue gehalten seinem Gotte, seinem Könige und seinem Vaterlande, in seiner alten Heimath zu begrüßen. Ein stürmisches Hoch auf Herrn von Kleist-Regow folgte den Worten des Redners. Darauf nahm Herr v. Kleist das Wort und erwiderte etwa Folgendes:

„Liebe, verehrte Freunde! Es ist mir eine innige und herzlichste Freude, wieder unter Ihnen zu sein in meiner lieben alten Pommerschen Heimath. Dieser Freude allein möchte ich heute Ausdruck geben und Ihnen den Dank darbringen, daß Sie mir gleich bei meinem Wiedereintritt in die Provinz durch den heutigen Tag Gelegenheit gegeben haben, die alten Bande der treuen Gemeinschaft wieder anzuknüpfen und zu pflegen. Sie sehen mich trotz der Abwesenheit von 7 langen Jahren noch als den Ihrigen, noch als den Ihnen durch gleich lange persönliche Wirklichkeit unter Ihnen Bekannten an, und Sie sollen sich darin, so Gott Gnade giebt, nicht täuschen. Wohl lernen wir Alle noch täglich und ich hoffe, jene Zeit soll an mir nicht ungenutzt vorübergegangen sein; doch freut es mich, es, ohne Widerspruch zu fürchten, aussprechen zu können, und Sie selbst haben es ja eben so freundlich anerkannt, — daß ich wiederkehre in allen Beziehungen mit derselben Gesinnung, mit welcher ich von Ihnen schied, daß ich nicht nöthig gehabt habe, dieselbe zu wechseln, wie ein Kleid“, daß es mir gelungen ist, die alte Pommersche Treue unverbrüchlich zu halten. Als ein solcher Pommerscher schied ich von Ihnen, — als ein solcher lehre ich zu Ihnen zurück, bereit, mit Ihnen nunmehr wieder in geschlossenen Reihen mit Hingebung aller Kräfte thätig zu sein. Die Pommern haben aber außer dem Ruhme der Treue auch noch einen anderen erworben, den, daß sie in den Schlachten, die sie mitfochten, die Vordersten gewesen; der Marschall Vorwärts war leibhaftig einer der Unseren. Aber sollen wir auch dann voraneilen und mitziehen, wenn der Wagen schneller oder langsamer dem Abhange jurollt? Die Erde, welche ihre Zweige breiter und höher ausstrecken will, muß jedes Jahr ihre Wurzeln tiefer in die Erde senken, welche sie trägt; hauen wir die Wurzeln ab, so verflümmert die Krone. Das also soll unser Vorwärts bleiben, welches zu-

*) Anm. Herr v. Kleist-Regow spricht hiernach seine Freude mit anderen Worten darüber aus, daß er als Oberpräsident der Rheinprovinz entlassen und zur Disposition gestellt worden ist. Als Beamter hätte er eben seine Gesinnung wechseln müssen. In herbem Widerspruch mit dieser freudereifüllten Anschauungsweise steht freilich das Verhalten des Herrn Redners, der nicht sofort beim Wechsel der Regierung um seinen Abschied eingekommen ist, als er in seiner amtlichen hohen Stellung sich der Pflicht bewußt wurde, seine Gesinnung um des Allgemeinen Besten willen wie ein Kleid wechseln zu müssen. Der geehrte Redner blieb vielmehr so lange im Amte, bis er von Seiten Sr. K. H. des Prinz-Regenten in Gnaden davon entbunden wurde. Ob auch dies Verhalten auf dem Prüssen „Alter Pommerscher Treue“ bewährt gefunden werden kann, bezweifeln wir sehr. — Die frühere Geschichte Pommerns hat solche „Treue“ nach unserer Kenntniß, uns bisher nicht überliefert. Die Red. der Stett. Ztg.

gleich ein Aufwärts ist zu Gott, um von ihm immer neuen Segen und neue Kräfte herabzuholen für unser Thun und Kämpfen, — das mit jedem Schritte sich tiefer zu gründen sucht in den Boden vaterländischer Gesinnung und aller vaterländischer Tugenden. Daß wir darum Treue halten, wahrhafte, persönliche, hingebende Treue dem Könige, unserm Herrn in bösen Tagen nicht weniger als in guten, daß wir ihn nun und nimmermehr behandeln können wie einen Todten, daß die schwere Heimsuchung, welche das ganze Land mit ihm, dem Haupte, betroffen hat, uns vielmehr zu verdoppelter Thätigkeit treibt; daß wir ebenso Treue und Gehorsam — und zwar willigen und freudigen bewahren dem Prinzen von Preußen, als dem während der Dauer seiner Verhinderung von ihm eingesetzten Regenten, haben wir schon ausgesprochen und Niemand soll uns darin vorantreiben. — Hier lassen Sie mich aber noch hinzufügen als Ergänzung der Rücksicht unseres Handelns, wie wir auch fortgesetzt wahrhafte Treue und Hingebung und unermüdete Arbeit halten wollen dem theuren, heiliggeliebten Vaterlande. Niemand soll sich rühmen dürfen, die weiße Farbe seiner Fahne freckenloser und reiner erhalten, die Mahnung der Treue bis in den Tod, welche deren schwarze Farbe uns vorhält, ernster genommen zu haben. Hoch daher des Vaterlandes Fahne mit diesen Farben. Vorwärts unter ihr mit seinem Wahlspruch: „Mit Gott, für König und Vaterland.“ Unser theures, heiliggeliebtes Preussisches Vaterland — Gott wolle es wahren und segnen. Es lebe hoch!“ (R. Pr. J.)

* Aus dem Polziner Wahlkreise. Die Anhänger Wagener's hoffen noch immer, ihn im Landtag zu bringen. Sie beabsichtigen, wie man hört, ihn im Stolper Wahlkreise als Kandidaten für das Abgeordnetenhaus aufzustellen, nachdem einer der dort gewählten reaktionären Abgeordneten sein Mandat niedergelegt haben wird. Man wird sich jedoch vorher, um die Rechnung nicht ohne den Wirth zu machen, der Majorität der Wahlmänner zu versichern suchen, ehe dies gefährliche Experiment ausgeführt werden soll.

Stettiner Nachrichten.

** Stettin, 5. Januar. Der in Anklam gewählte Abgeordnete Major Dr. Beikle ist hier durch nach Anklam gereist, um sich dort seinen Wählern vorzustellen.

* Die Hinterpommersche Bahn ist jetzt so weit vollendet, daß sie in ihrer ganzen Ausdehnung bereits mit Arbeitszügen befahren wird und nunmehr bestimmt zum 1. Mai eröffnet werden soll.

Börsen-Berichte.

Stettin, 5. Januar. Witterung: klare Luft bei leichtem Frost. Temperatur: — 1°. Wind NW.
Auf heutigem Landmarkt bestand die Zufuhr aus: 10 Wopl. Weizen, 20 Wopl. Roggen, 5 Wopl. Gerste, 8 Wopl. Hafer, — Wopl. Erbsen, — Hülsen. Bezahlt wurde für: Weizen 52—60 Rt., Roggen 44—47 Rt., Gerste 32—34 Rt., Erbsen — Rt. pr. 25 Cössl., Hafer 28—30 Rt. r. 26 Cössl. Hülsen — Rt.
Stroh pr. Schock 7—8 ½ Rt., Heu pr. Ctr. 17 ½—22 ½ Sgr.
An der Börse:
Weizen unverändert, loco ohne Umlauf, pr. Frühjahr 83.85 pfd. 64 ¼ Rt. Br., do. 85 pfd. vorpomm. 67 Rt. Br.
Roggen stille, loco pr. 77 pfd. 45 Rt. bez., pr. Januar und Januar-Febr. 45 Rt. Br., 44 ¼ Cö., pr. Februar-März 45 Rt. Cö., 45 ¼ Br., pr. Frühj. 46 ¼ Rt. Br., pr. Mai-Juni 46 ¼ Rt. Cö., pr. Juni-Juli 47 ¼ Rt. Br., pr. Juli-August 48 ¼ Rt. Cö., pr. Gerste ohne Handel.
Hafer pr. Frühj. 50.52 pfd. excl. boln. u. preuß. 32 Rt. bez.
Hübl unverändert, loco 14 ½ Rt. Br., pr. Januar-Februar 14 ½ Br., 14 ½ Cö., pr. April-Mai 14 ½ Rt. Br., 14 ½ Cö., Leinöl loco incl. Faß 12 ¼ a 1/3 Rt. bez.
Spiritus matter, loco ohne und mit Faß 20 ¼, 20 ¾ % bez., pr. Januar-Februar 20 ¼ % Cö., pr. Febr.-März 20 % Cö., 19 ¾ Br., pr. Frühjahr 19 ¾ % Br., pr. Mai-Juni 18 ¾ % Br., Juni-Juli 18 % bez. u. Br.

Die telegraphischen Depeschen melden:
Berlin, 5. Januar, Mittags 2 Uhr. Staatsschuldschein 84 ¼ bez. Prämien-Anleihe 3 ½ pCt. 117 ¼ bez. Berlin-Stettiner 108 ¼ bez. Stargard-Posener 87 Br. Köln-Mündener 140 bez. Disconto-Kommandit-Antheile 105 Br. Französi.-Oesterr. St.-E. 164 bez. Wien 2 Mt. 97 ½ bez.
Roggen pr. Januar-Februar 47 ½, 46 ¼ bez., pr. Februar-März 47 ¼, 47 bez., pr. Frühjahr 47 ½, 47 bez.
Hübl loco 15 ½ bez., pr. Januar-Februar 14 ½, 5/6 bez., pr. Februar-März 14 ½ Br. u. bez., pr. April-Mai 14 ½ bez.
Spiritus loco 18 ½ bez., pr. Januar-Februar 18 ¾ bez., ¼ Br., pr. Februar-März 18 ¾, 2/3 bez., pr. April-Mai 5/6, 1/2 bez.

Stettin, 5. Januar 1859.

	geford.	bezahlt	Geld.
Berlin	100	—	—
Hamburg	—	151	151
Amsterdam	151 3/8	—	151 3/8
London	—	142 3/4	142
Paris	6 21 1/2	—	6 19 7/8
Bremen	—	80	—
Bordeaux	—	—	—
Freiwillige Staats-Anleihe	109 1/4	—	—
Neue Preuß. Anleihe pr. 1854	—	101	—
Staats-Schuldschein	—	—	—
Staats-Prämien-Anleihe	—	—	—
Pommersche Pfandbriefe	84 3/4	—	—
Rentenbriefe	93 1/2	—	—
Ritt. Pom. Banf.-Aktien à 500 Thlr. incl. Div.	—	—	—
Berlin-Stett. Eisen.-A. Lt. A. u. B.	4 %	—	—
do. Prioritäts	—	—	—
Stargard-Posener Eisen.-Aktien	3	—	—
do. Prioritäts	—	—	—
Stettiner Stadt-Obligationen	—	—	—
do.	—	—	—
do. Stromversicherungs-Akt.	138	—	—
Preuß. National-Bericher. Aktien	170	—	—
Preuß. See-Assekuranz-Aktien	640	—	—
Pomerania, See- und Fluß-Versicherung	—	—	105
Union	98	—	—
Stettiner Börsenhaus-Obligationen	—	—	101
do. Schauspielhaus-Obligationen	—	—	100
do. Speicher-Aktien	100	—	—
Bereins-Speicher-Aktien	120	—	—
Pomm. Provinzial-Zucker-Siederei-Aktien	28.10	—	—
Neue Stettiner Zucker-Siederei-Aktien	850	—	—
Balgmühlen-Aktien	—	—	—
Stettiner Dampf-Schleppschiff-Gesellsch.-Aktien	800	—	—
do. Dampf-Schiff-Bereins-Aktien	230	—	—
Pomm. Eisen-Bau-Obligationen	—	—	100
Stettiner Portland-Cement-Aktien	112	—	—
Neue Dampf-Komp.	77	—	—
Germania	98 1/2	58	—
Stettiner Nat.-Ban.-Akt.-Ges.	66	65	—
Stettiner Dampf-Mühlen-Ges.	—	—	66
Pommersche Chemische Fabrik	102	—	—
Chemische Fabrik-Antheile	100	—	—
Urbom-Wöllener Kreis-Obligationen	5 %	100	—
Wreißenhagener	5 %	—	—